

**Postulat SVP-Fraktion:****«Prävention und Schutz vor Drohungen und Gewalt an Schulen**

An Schulen stellt man eine Zunahme der Delinquenz, vor allem im Gewaltbereich fest. Drohungen gegen Schulen und Lehrer nehmen zu. Experten warnen bereits vor Massakern in der Schweiz. Und Lehrer fordern hartes Durchgreifen. Seit Oktober 2006 wurde jeden Monat mindestens ein Fall von massiven Drohungen gegen Lehrer oder Schulen bekannt. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. Fachleute warnen davor, dass die Behörden den Ernst der Lage noch nicht erkannt haben. Die Schulen sind hilflos, die Präventionsarbeit zielt an den potenziellen Tätern vorbei, scharfe Massnahmen gegen drohende Schüler bleiben aus. «Es ist nur eine Frage der Zeit, bis bei uns ein Schulmassaker passiert», sagt der Basler Erziehungswissenschaftler Wassilis Kassis. Er bemängelt, dass viele Schulen bisher keinen Plan zur Verhinderung von Bluttaten an Schulen entwickelt haben. «Sie können sich die Naivität nicht mehr leisten, zu denken, dass so etwas bei uns nicht passieren kann.» Vor allem, weil die normale Gewaltprävention an den Bildungsinstituten die möglichen Täter nicht erreicht.

Ein geordneter Schulbetrieb mit Konzentration auf das Vermitteln von Lehrinhalten wird so massiv erschwert. Lehrer und Schüler fühlen sich zunehmend bedroht. Die zuständigen Behörden des Kantons St.Gallen haben bisher den Bereich Gewalt und Drohungen an Schulen unterschätzt. Ein Kriseninterventionsteam ist ungenügend und genügt als einzige Option nicht. Man darf nicht einfach darauf vertrauen, dass nichts Schlimmeres passiert. Die aktuelle und ernstzunehmende Bedrohungssituation muss jetzt, bevor es auch in unserem Kanton zu einem Eklat kommt, bereinigt werden. Die Sicherheit von Lehrer- und Schülerschaft müssen oberste Priorität haben. In vielen Bereichen wie Sanktionen, Interventionen, polizeiliche Massnahmen, Beratung von Schulen, Umgang mit Betroffenen, Sicherheitsmassnahmen an Schulen oder Wegweisung von drohenden Schülerinnen und Schülern muss dringend gehandelt werden.

Die Regierung wird darum eingeladen, dem Parlament Bericht und Antrag zu unterbreiten, damit verbindliche, unmissverständliche und wirkungsvolle Regeln im Umgang mit Drohungen gegenüber den Schulleitungen, der Lehrerschaft oder der Schülerschaft gewährleistet werden. Um Schlimmeres zu verhindern und um in allen Schulen einen geordneten Schulbetrieb zu gewährleisten, ist eine harte Linie mit Anzeige, Wegweisung und Umplatzierung der drohenden Schülerinnen und Schüler unvermeidbar. Auch müssen gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, um in schwerwiegenden Fällen Videoüberwachung und Sicherheitsleute einsetzen zu können.»

23. April 2007

SVP-Fraktion